



BAUMBERGER FRIEDENSBLATT

Zeitung der Friedensinitiative Nottuln
für Appelhülsen, Darup, Nottuln, Schapdetten

Auflagenstärkste Zeitung Nottulns

Pfingsten 1985

Was die

Zufällige Nachrichten
alles ihren Lesern
verschweigt, das
lesen Sie auf
Seite 2
(unten)

Repräsentative Bürgerbefragung in Nottuln:

»Sind Sie für Atombunker in Nottuln?«

Nach Pfingsten wird die Friedensinitiative Nottuln eine repräsentative Bürgerbefragung durchführen. Dabei will sie ermitteln, wie die Nottulner Bürger über Atombunker in der Gemeinde Nottuln denken. Das Ergebnis dieser Umfrage wird die FI an den

Rat und auch an den Regierungspräsidenten Münster schicken. Gleichzeitig wird sie beantragen, daß der Atombunker unter der Nottulner Hauptschule geschlossen wird und keine weiteren Atombunker in Nottuln gebaut werden:

"Diese Bunker sind überflüssig. Schutz gibt es im Atomkrieg nicht!" Die Friedensinitiative ist sicher, daß mit ihr viele Nottulner diese Meinung teilen und die Nottulner Ratsmitglieder auffordern werden, gegen Atombunker in Nottuln aktiv zu werden.

Bürgerbefragung in Nottuln:

Ähnlich den Wahlumfragen bekannter Institute führt die Friedensinitiative eine repräsentative Befragung unter der Nottulner Bevölkerung durch.

Insgesamt werden dazu 400 zufällig ausgewählte Nottulner Bürger befragt. Es kann passieren, daß Sie zu den 'Auserwählten' gehören. Dann werden Ihnen folgende Fragen vorgelegt:

1. Sind Sie dafür oder dagegen, daß die Gemeinde Nottuln sich beim Regierungspräsidenten dafür einsetzt, daß der Atombunker unter der Nottulner Hauptschule geschlossen wird?

dafür dagegen

2. Sind Sie dafür oder dagegen, daß die Gemeinde Nottuln in Zukunft Atombunker für die Bevölkerung baut oder unterhält?

dafür dagegen

Aufgespielt

Ein Nottulner Bürger zum Atombunker unter der Hauptschule:

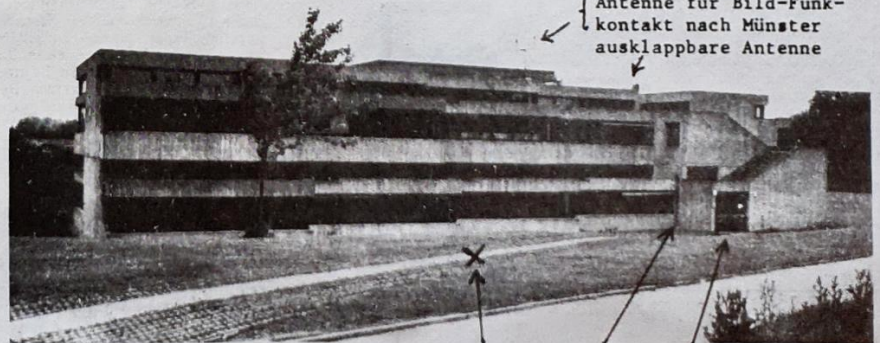
"Ein Vorteil hat dieser Bunker ja: Wenn der RP aus Münster sich darin verkriecht, weiß ich wenigstens vorher, unser letztes Stündchen hat geschlagen...."

Zum 1. Mal offiziell erwähnt:

»Atombunker unter der Schule für den Regierungspräsidenten«

Auf der letzten Ratssitzung wurde ein Brief des Regierungspräsidenten Münster verlesen, in dem zum ersten Mal offiziell erwähnt wird, daß der

Regierungspräsident in Nottuln unter der Hauptschule einen Atombunker unterhält.



Antenne für Bild-Funkkontakt nach Münster
ausklappbare Antenne

Notbrunnen

Eingang zum Bunker

Entlüftungsrohr für Batterien

Die Friedensinitiative Nottuln meint:

Der Atombunker in Nottuln macht deutlich:

- Ein Atomkrieg wird einkalkuliert!
- Nicht die Sorgen um die Zivilbevölkerung bestimmen unsere Sicherheitspolitik, sondern wichtig ist der Schutz des Regierungspräsidenten!
- Der Bunker und damit Nottuln befindet sich in der Zielkarte für gegnerische Raketen!

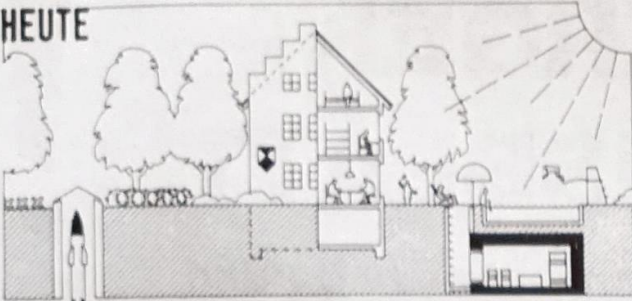
Nicht Bunker schützen uns vor dem Atomtod. Der einzige Schutz für unsere Bürger ist, daß der Atomkrieg verhindert wird, unmöglich wird.

Deshalb unsere Forderung:
Schafft die Atomraketen ab!

Ist der Ausbau von Bunkern überhaupt sinnvoll ?

Architekten sind gegen das Bauen von Schutzbunkern für Atomangriffe

HEUTE



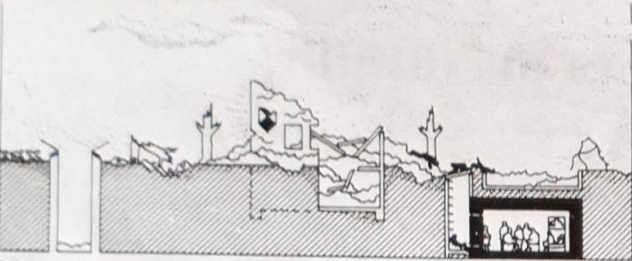
Aufrüstung im Frieden

- Landschaftsverbrauch: 3% der Fläche der Bundesrepublik sind militärischen Zwecken aber nur 0,5% dem Naturschutz gewidmet
- Lärmbelastung: Sieben Nationen behüten unser Land als Übungsgebiet für Tieffluger
- Kosten: Jede dritte Mark des Bundeshaushalts wird für Rüstung ausgegeben

Kulturschutzabsichten

sind seit 1954 nach den Bestimmungen der Haager Konvention für besonders denkmal-schutzwürdige Bauten vorgesehen. Warum werden nicht unsere ganzen Städte, das ganze Land und vor allem, wir selbst gekennzeichnet? Und warum werden diese Plaketten gerade jetzt angebracht?

DER TAG DANACH



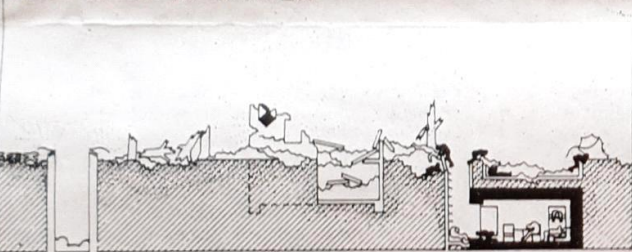
Zerstörungspotential

Das Potential atomarer Vernichtungswaffen beträgt mittlerweile 13.500 Megatonnen, das entspricht 1 Million Hiroshima-Bomben. Mit diesem schier unvorstellbaren Arsenal ließe sich über 30 Jahre lang täglich das gesamte aller Verwüstungen des 2. Weltkrieges herbeiführen.

Evakuierung möglich?

In Planspielen wird die Evakuierung der Zivilbevölkerung erdacht. Doch im dichtbesiedelten Mitteleuropa gibt es keine Gebiete, auf die sich jemand »zurückziehen« könnte. Deutschland als ganzes ist Schlachtfeld. Ohnehin kämen wir alle bei Vorwarnzeiten von 10 Minuten nicht allzu weit.

VIER WOCHEN SPÄTER



Überleben: Wie...

Beim Atomschlag - und nach Ansicht höchster Politiker ist ein Krieg in Europa innerhalb von drei Tagen auch ein Atomkrieg - bricht die gesamte Infrastruktur zusammen. Energieversorgung und Kommunikation setzen aus. Straßen, Gleise und Flughäfen sind zerstört. Keiner weiß mehr vom anderen Totenstill.

...und wozu?

Ist es überhaupt sinnvoll, einen atomaren Angriff überleben zu wollen, wenn danach sämtliche Nahrungsquellen, Wasser, Pflanzen und Tiere verbrannt oder auf lange Zeit verstrahlt sind, wenn die Atmosphäre verseucht, der Himmel schwarz ist und die Temperatur auf der Erde absinkt?

● weil solche »Schutzräume« allenfalls in großer Entfernung vom Zentrum nuklearer Explosionen nur einen ersten Schutz bieten können,

● weil so viel atomare Vernichtungskraft auf unser Land gerichtet ist, daß bei ihrer Auslösung hinreichend große Entfernungen von einem der zahlreichen Detonationspunkte kaum mehr denkbar sind,

● weil angesichts der immer kürzer werdenden Vorwarnzeiten die »Schutzräume« kaum mehr aufgesucht werden können,

● weil auch das etwaige Überleben des eigentlichen Atomschlages nur eine Verzögerung des Todes und eine Verlängerung der Todesangst bedeuten kann,

● weil wir es für zynisch halten, Bunker zu bauen, die den Neutronenangriff unbeschadet überstehen, in denen die schutzsuchenden Menschen jedoch dem Strahlentod ausgeliefert sind,

● weil niemand eine Antwort weiß auf die Frage nach dem Sinn des Überlebens der zunächst Entkommenen, wenn das Leben auf der Erdoberfläche ausgelöscht, die Materie zerstrahlt, die schützende Ozonschicht zerstört sein wird,

● weil die aufwendigen, von der Allgemeinheit mitbezahlten »Schutzräume« für wenige Privilegierte zu sozialen Luxuseinrichtungen geraten müßten (in der Bundesrepublik z. Z. etwa für 3 bis 4 Prozent der Bevölkerung!), die im Ernstfall ihre Plätze mit Gewalt gegen die große Masse der Nichtprivilegierten verteidigen müßten,

● weil die Vortäuschung von Überlebenschancen die Hemmschwelle für den Einsatz nuklearer Waffen herabsetzt und weil die Gewöhnung an die Möglichkeit eines Atomkrieges und ein scheinbares Sicherheitsgefühl geeignet sind, das Widerstandspotential gegen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu mindern,

● weil wir in der staatlichen Förderung solcher Bauten nicht nur eine Verschleuderung von Volkvermögen sehen, sondern auch eine gefährliche Auswirkung politischer Hilflosigkeit.

Statt Illusionen zu nähren fühlen wir uns verpflichtet, zweifelhaften Hoffnungen auf Sicherheit und Schutz für den Fall eines atomaren Krieges entgegenzutreten und uns zu dem unbequemen, aber einzig verantwortbaren Eingeständnis zu bekennen, daß wir keinerlei baulichen Schutz gegen die Folgen eines Atomschlages bieten können. Wir erkennen im Bau von »Schutzräumen« gegen die atomare Bedrohung keinen aktiven Beitrag zum Frieden, sondern ein passives Annähern an den atomaren Krieg.

Auszüge aus »Manifest gegen den Bau von Schutzbunkern für Atomangriffe« aus dem Programm des Bundes Deutscher Architekten - BDA, Köln im März, Jürgen Pahl, Wilhelm Aucker, Peter Tratz, im Oktober 1982.

Meinen Sie es ernst?

Fragen der FI zur Note an die französische Partnerstadt

In der Note steht:

„Unser besonderer Einsatz gilt dem Frieden und der Abrüstung!“

- o Werden sich die Nottulner Politiker also konsequent gegen Krieg einkalkulierende Maßnahmen (Zivilschutzgesetz) einsetzen?
- o Werden friedenspolitische Diskussionen im Rat also nicht mehr abgewürgt?

In der Note steht:

„Krieg und Gewalt werden für uns nie wieder ein Mittel der Politik sein!“

- o Werden sich die Nottulner Politiker also konsequent für die atomare Abrüstung einsetzen?
- o Werden sich die Nottulner Politiker also konsequent gegen den Krieg der Sterne einsetzen?

Namen - Notizen

Gemeindedirektor Joseph Moehlen schlug auf einer Diskussionsveranstaltung anlässlich des 8. Mai 1945 vor, die Möglichkeit zu prüfen, mit einer Gemeinde Osteuropas eine Partnerschaft einzugehen.

Friedensinitiative Nottuln

Kontaktadresse (v.i.S.d.P.): Robert Hülsbusch, Bahnhofstr. 49, 4405 Appelhülsen, 02509/8669

Spendenkonto: Ulla Pröbsting, Sparkasse Coesfeld, Kto-Nr. 84 508 209

Aus Finanzierungsgründen gibt's dieses Mal nur eine einseitige Ausgabe des Baumberger Friedensblattes.

Betr.: Ratssitzung

- eine Zeitungsnachlese

Diskussion abgewürgt

Nottuln/Havixbeck. Der Blick vom Baumberg kam in der jüngsten Sitzung des Nottulner Gemeinderates aus dem Staunen nicht heraus. Da gab es zwei Bürgeranträge der Friedensinitiative, die nur deshalb nicht beraten wurden, weil der Regierungspräsident erklärt hatte, das Kommunalparlament sei dafür nicht zuständig. Nun kann man trefflich darüber streiten, ob die Gemeinde in Sachen neues Zivilschutzgesetz tatsächlich nicht unmittelbar gefordert ist. Doch staunenswert ist die Tatsache, daß dieser Rat, der in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausließ, den Re-

gierungspräsidenten in die Schranken zu verweisen, jetzt ohne Diskussion akzeptiert, was da aus dem Hause der Bezirksregierung auf den Ratstisch in den Baumbergen flatterte. In anderen Fällen jedenfalls gab es zunächst einmal eine genaue Prüfung der Rechtsstandpunkte dieser Behörde. Und selbst danach wurde oft genug ein Krach nicht vermieden. Nun aber reicht der Rats-CDU schon der - rechtlich nicht zu beanstandende - Griff in die Geschäftsordnungs-Trickkiste, um auch nur den Ansatz einer Diskussion abzuwürgen.

In den letzten Wochen berichtete die Münstersche Zeitung in 8 Artikeln über friedenspolitische Aktivitäten in Nottuln.

Dagegen stand in den

Westfälische Nachrichten

nichts!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Die CDU hat nichts verstanden

Daß die CDU auch den zweiten Antrag der FI (Der Rat möge sich gegen das neue Zivilschutzgesetz einsetzen) mit ihrer Stimmenmehrheit von der Tagesordnung fegte, ist höchst blamabel.

Es wurden in der Vergangenheit häufig Petitionen im Rat und in den Ausschüssen diskutiert und verabschiedet. So hat 1983 die CDU noch eine Petition zur Verteidigungspolitik im Rat durchgesetzt. Auch bezüglich der Polizeiorganisationsstruktur (Ist dafür die Gemeinde zuständig, Herr Rütering?) wurde in der letzten Zeit die Möglichkeit einer Petition diskutiert. Und plötzlich, wenn es um das neue Zivilschutzgesetz geht, in dem der § 33 ausdrücklich festlegt,

daß „die Länder einschließlich der Gemeinden und Kreise dieses Gesetz ausführen sollen“, ist der Rat „nicht zuständig“, wird er durch solche Anträge „belastet“ (so Heinz Rütering, CDU). Da kann man doch nur lachen.

Deutlich wird doch, daß die CDU eine für sie unbequeme Diskussion mit der Geschäftsordnung abwürgt. Bürgeranträge und Petitionen sind nur erwünscht, wenn sie den „richtigen“ Inhalt haben. Und noch etwas: Was in dem neuen Zivilschutzgesetz steht, was dieses für die künftige Sicherheitspolitik bedeutet und was dadurch auch der Gemeinde Nottuln zugemutet wird, davon hat die CDU nichts verstanden.

Münstersche Zeitung, 1.5.85; aus einem Leserbrief